

AUSGABE VOM 13. OKTOBER 2018

Alte Industrie- und Gewerbeflächen für Wohnungen nutzbar machen

Der Bundestagsbauausschuss will für den Haushalt 2019 erreichen, dass der Bund für die Aktivierung und Altlastensanierung ehemaliger Industrie- bzw. Gewerbeflächen Mittel bereitstellt, damit diese Flächen baureif gemacht werden können. Investoren schrecken allzu oft wegen der unkalkulierbaren Sanierungskosten belasteter Grundstücke vor einem Erwerb und einer Bebauung zurück.

„Angesichts der Flächenknappheit für den Wohnungsbau wollen wir Kommunen und Investoren auch in NRW dabei unterstützen, solche Flächen, die derzeit nicht wirtschaftlich für den Wohnungsbau aktiviert werden können, zu sanieren und nutzbar zu machen“, so Bauausschussmitglied Karsten Möring (CDU).

Klimaschutzdebatte: Weltklimarat und Hambacher Forst im Focus

Nur kurze Zeit nachdem der Hambacher Forst zum Mittelpunkt einer Auseinandersetzung rund um den Kohleausstieg und einen Rodungsstopp wurde, veröffentlichte der Weltklimarat einen Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung. Vor diesem Hintergrund diskutierte der Bundestag am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde diese Thematik mit Blick auf notwendige Klimaschutzmaßnahmen zur Erreichung des 1,5-Grad-Klimaziels.



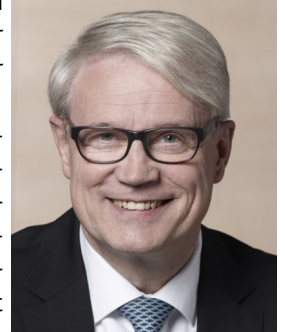
„Wohnen und Bauen ist ein für das Erreichen der Klimaziele wesentlicher Sektor“: CDU-MdB Karsten Möring in der Klimadebatte am Mittwoch im Bundestag. (Foto: privat)

Als „scheinheilig“ kritisierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring in seiner Rede das Verhalten der Grünen. Die Rot-Grüne NRW-Regierungskoalition hat noch 2014 und 2016 entschieden, den Tagebau Garzweiler zu verkleinern und dafür die Fläche des Hambacher Forsts für den Abbau freizugeben. „Lassen Sie Ihre Symbolpolitik bleiben und jagen Sie die Leute nicht auf die Bäume!“, so Möring. Im Lichte des 1,5-Grad-Berichts müssten gerade die Grünen massiv an den eigenen Positionen arbeiten. Der Bericht fordere nämlich auch den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft und den großflächigen Anbau von Energiepflanzen. Simple „Hambi bleibt!“-Parolen würden den Erfordernissen des 1,5-Grad-Berichts nicht einmal ansatzweise seriös gerecht.

Auch der Gebäudebereich müsse einen größeren Beitrag leisten. Dabei dürften bezahlbares Wohnen, Energieeffizienz und Klimaschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden, so Möring, das habe der aktuelle Wohnungsgipfel nochmals deutlich gemacht. Der Bund werde die Anforderungen des EU-Rechts für öffentliche Gebäude und Wohngebäude umsetzen. „Wir werden dabei weiterhin die Punkte Wirtschaftlichkeit, Technologieoffenheit, vereinfachte Verfahren und Freiwilligkeit im Blick behalten“, betonte Möring, der NRW-Umweltministerin Heinen-Esser und die NRW-Bauministerin Scharrenbach beispielhaft für ihr Engagement in diesen Fragen lobte. Die Bundesrepublik müsse wettbewerbsfähig bleiben, auch um die Menschen nicht zu überfordern. Deutschland brauche den breiten gesellschaftlichen Konsens. Es sei daher klug, die Vorschläge der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung abzuwarten. ([Hier geht es zur Rede](#))

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

In der aktuellen Debatte zur Erreichung der Klimaschutzziele wird ein Aspekt gerne vergessen: Ein Drittel aller deutschen CO₂-Emissionen stammt aus dem Gebäudebereich.



Daher werbe ich als Umwelt- und als Baupolitiker zusammen mit anderen Fraktionskolleginnen und -kollegen für einen neuen Anlauf zur steuerlichen Förderung der energetischen Sanierung. Während Vermieter diese Modernisierungskosten auf die Miete umlegen können, haben Eigentümer von selbstgenutzten Immobilien häufig kein Interesse oder keine Mittel dafür. Die eingesparten Energiekosten gleichen leider nur einen Teil der Aufwendungen aus. In den vielen älteren Häusern in Köln schlummert ein riesiges Potential an Klimaschutz durch eine energetische Sanierung.

Mit unserer derzeitigen Sanierungsrate von knapp einem Prozent kann der Gebäudebereich die energie- und klimapolitischen Ziele nicht erreichen. Die Quote muss mindestens auf 1,5 Prozent gesteigert werden. Wenn wir die verbindlichen Ziele nämlich verfehlen, die wir in der EU beschlossen haben, werden teure Strafzahlungen für Deutschland fällig.

Seit Jahren blockiert der Bundesrat diese Finanzförderung obwohl nach seriösen Schätzungen die Steuermindereinnahmen durch die ausgelösten steuerlichen Effekte in den Folgejahren zu Steuermehreinnahmen führen, die deutlich über den Förderkosten liegen. Also, packen wir's an!

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Maßnahmen gegen Chaos im Luftverkehr

Flugausfälle, Verspätungen, Flugchaos. Das haben in diesem Sommer zehntausende Passagiere auch in Köln und Düsseldorf zu spüren bekommen. Wie können Verspätungen und Ausfälle zukünftig verhindert werden? Darum ging es beim Luftfahrt-Gipfel in Hamburg, zu dem unter anderem Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer eingeladen hatte. Gemeinsam mit Branchenvertretern hat man sich auf ein Maßnahmenpaket geeinigt. Damit soll auch verhindert werden, dass sich die teilweise chaotische Situation wie im Sommer 2018 wiederholt.

„Alle Seiten müssen nun ihren Beitrag leisten, um die Situation zu verbessern. Der Bund muss für eine Neuorganisation der Luftsicherheitskontrollen sorgen und das Personal bei der Deutschen Flugsicherung aufstocken“, betont Kölns CDU-MdB Karsten Möring. „Die Menschen erwarten, dass das Ausmaß der Flugausfälle und Verspätungen der letzten Zeit schnellstens reduziert wird“. Möring, stellvertretendes Verkehrsausschussmitglied, forderte, Passagierkontrollen an den Flughäfen effizienter und schneller zu gestalten, um langes Warten vor den Sicherheitskontrollen zu beenden. In diesem Zusammenhang begrüßte Möring die Pläne der NRW-Landesregierung zur Entwicklung einer Fluggastrechte-App zur leichteren Durchsetzung von Entschädigungen.

Erfahrungsaustausch zur Energiewende in Taiwan



MdB Karsten Möring, im Unterausschuss zuständig für Atomfragen, hat bei einem Meinungsaustausch mit dem Repräsentanten von Taiwan in der Bundesrepublik, Botschafter Prof. Dr. Ihy-Wey Shieh, (Bildmitte) und dem stellv. Repräsentanten Shang-Yu Chen, die aktuellen Bemühungen des Landes bei der Energiewende gewürdigt. Die drei auf der Insel aktiven KKW sollen bis 2025 abgeschaltet werden. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Energiemix soll von vier auf zwanzig Prozent steigen und die von der Kernenergie hinterlassene Lücke komplett füllen. Geplant ist der Bau von Wasserkraftanlagen, Solarkraftwerken und Windparks. „Das Interesse an deutschem Know-How ist sehr groß“, resümierte Möring. (Foto: privat)

Fachgespräch zur sozialen Wohnraumförderung

Soziale Wohnraumförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: In diesem Befund sind sich Experten und Abgeordnete aller Fraktionen einig. Dies wurde in einem öffentlichen Fachgespräch des Bauausschusses unter Leitung von Mechthild Heil am Mittwoch deutlich. Die von der Regierung geplante Grundgesetzänderung, die eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Wohnraumförderung ermöglichen soll, wurde von den Experten einhellig begrüßt.



„Wohnungsbau ist auch in Köln eine der wichtigen sozialen Fragen“: MdB Möring im Gespräch mit der Ausschussvorsitzenden Mechthild Heil und einem der Sachverständigen, BFW-Präsident Andreas Ibel. (Bild: Privat)

Die Unionfraktion wies darauf hin, dass die Länder ihren Aufgaben in der sozialen Wohnraumförderung höchst unterschiedlich nachkommen würden und häufig zu stark auf kommunale Gesellschaften setzten. Gebraucht würden auch private Investoren. Ein großes Problem der bisherigen sozialen Wohnraumförderung sei, dass sie nur „wenig treffsicher“ sei: Bis zu jede zweite gebundene Wohnung werde von Haushalten genutzt, die nicht mehr anspruchsberechtigt seien.

Über die konkrete Marschroute nach dem Wohnungsgipfel im Kanzleramt diskutierten namhafte Experten auch auf Deutschlands wichtigster Fachmesse, der Expo Real in München. Neben Bundesbauminister Horst Seehofer und NRW-Baureisortchefin Ina Scharrenbach war am Dienstag auch MdB Karsten Möring als Bauausschussmitglied am NRW-Messestand Talkgast zu den Ergebnissen des Wohnungsgipfels und den Erwartungen der Wohnungswirtschaft in Köln und im Land.

Impressum:

Ausgabe Nr. 18 der 19. Wahlperiode

13. Oktober 2018

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

